

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeb. monatlich 5 500 000 Mark.
In den Ausgabestellen monatl. 5 000 000 M. Bei Postbezug
monatl. 5 486 000 M. Unter Streis. In Polen monatl. 9 000 000 M. Danzig 2,5 Guld.
Deutschl. 2,5 Amt. Einzelnummer 300 000 M. Sonn. u. Feiertags 350 000 M.
Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung od. Ausperrung hat der
Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitg. od. Rückzahlg. d. Bezugspreises.

Gedenk Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialzeit 200 000 Mark, die 90 mm
breite Kettenezeile 1 000 000 M. Danzig 15 h. 75 D. Pf.
Deutschland 15 bzw. 75 Goldpf., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platz-
verzicht und schwierigem Sach 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Öffertengeld 500 000 M. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Postgeschäftsstellen: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 54.

Bromberg, Mittwoch den 5. März 1924.

48. Jahrg.

Chefredakteur Dr. Wilhelm Löwenthal †.

Der Chefredakteur des „Posener Tageblatts“, Dr. Wilhelm Löwenthal, ist in der Nacht zum Sonntag infolge Unglücksfalls früh aus dem Leben geschieden. Er ist, wie das „Pos. Tagebl.“ mitteilt, in seinem Hause, als er die Treppe hinaufging, im zweiten Stock über das Geländer gestürzt und blieb mit zerstörttem Kopfe liegen. Er war sofort tot. Polnische Mitbewohner des Hauses haben ihn in seine Wohnung hinaufgetragen. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Von dem Unglücksfall gibt der „Kurier Poznański“ folgende Darstellung: „Mit einem Stößt in der Hand stieg Dr. L. nach seinem Stockwerk hinauf und tauschte dabei noch mit ihm begegnenden Mitbewohnern Grüße aus. Aus unbekannter Ursache beugte er sich dann im zweiten Stock über das niedrige Geländer, verlor das Gleichgewicht und stürztekopfüber auf den Marmorboden des Parterres. Der Schädel des Verunglückten wurde zerstört.“

Der Verstorbene war 1876 als Sohn evangelischer Eltern in Moskau geboren und studierte nach abgeleiteter Reifeprüfung Philosophie und Literaturgeschichte in Leipzig, wo er den Doktorgrad erlangte. 1901 wurde er als Lehrer der russischen Sprache und Leiter an das für Beamte errichtete russische Seminar in Bromberg und 1909 als Dozent der russischen Sprache an die Posener Akademie berufen. Während des Weltkrieges fungierte er als Dolmetscher und wurde für seine großen Verdienste auf diesem Gebiet vom Kaiser befördert und erhielt nach einander das Eisene Kreuz 2. und 1. Klasse. Im April 1919 trat er in die Redaktion des „Pos. Tagebl.“ ein und übernahm einige Zeit darauf die redaktionelle Leitung des Blattes, in dem er manhaft und mit großem journalistischen Geschick für die Interessen des Deutschstums in Polen eintrat. Die Schwierigkeiten, unter denen heute der deutsche Publizist in Polen zu kämpfen hat, hat auch der Verstorbene durchstehen müssen, wovon zahlreiche Presseprozesse gegen ihn zeugen. Indessen auch recht erhebliche Strafen, die über ihn verhängt wurden, haben sein seelisches Gleichgewicht nicht stören können. Er hatte überdies das Glück, daß sämtliche gegen ihn erkannten Strafen unter die Amnestie fielen.

Das Deutschstum in Polen ist dem tapferen Verteidiger für seine Rechte unangefochtenen Dank schuldig. Seine Kollegen, deren Vertrauen ihn zum Vorsitzenden des deutschen Journalistenverbands in Polen wählte — es war im letzten Mai, nach einem Empfang beim Ministerpräsidenten Sikorski in Warschau — werden dem so plötzlich Dahingeschiedenen ihre Verehrung über das Grab hinaus erhalten.

Das „Pos. Tagebl.“ schreibt in dem Nachruf für seinen verstorbenen Chefredakteur:

Auferstehungen hat es Herrn Dr. Löwenthal nie gefehlt, davon legen die verschiedenen Ämter und Aufgaben Zeugnis ab, die ihm übertragen worden sind, davon zeugt laut seine Arbeit in den verschiedenen Vereinen, seine Vorstandstätigkeit, seine Aufklärungsarbeit, die ihm nicht nur das Vertrauen der Kreise brachte, in denen er tätig war, sondern auch jener Kreise, die ihm äußerst entfernt gegenüberstanden haben. Neben der Gabe, ein Journalist zu sein, standen seine Eigenschaften als Schriftsteller und als Gelehrter. Die Arbeit, die zu leisten war, ist vielseitig und umfassend gewesen, und die Erfüllung seiner Aufgabe war ihm oberstes Gesetz. Wir wissen alle, wann und in welcher Stunde es galt, mit dem Wort einzutreten, um das Schlimmste abzuwehren, und wir wissen auch, daß dann das Wort immer zur rechten Zeit gefragt wurde. Seine Leistungen vor dem Forum der Öffentlichkeit trug ein starker Wille, eine große geschichtliche und sachliche Kenntnis und lautere Überzeugung, die nie bestreitet war. Das hier noch einmal zu sagen, ist wichtig. Wenngleich wir auch alle es wissen, die wir um diesen Mann trauern.

Zur Ausfüllung seines Amtes war der Mut zur Offenheit eine Grundbedingung. Wir wissen, daß er diesen Mut besaß. Wir wissen auch, daß er diesen Mut immer dann in den Hintergrund zog, wenn es sich um die Sache des Deutschstums gehandelt hat. In solchen Stunden, sie waren sehr zahlreich während seiner ganzen Tätigkeit, zeigte sich auch seine große Klugheit und seine Weltanschauung. Selbst seine politischen Gegner haben ihm das nie abgesprochen. Wie wollen hier ein Wort eines polnischen Richters anführen, der in den vielen Prozessen, die Dr. Löwenthal hatte, sich sehr viel mit seiner Person beschäftigt musste: „Dr. Löwenthal ist ein feiner philosophischer Kopf“. Dieses Wort gilt auch von ihm in jeder Weise und zeigt ihn in dem Lichte, in dem er gesehen werden muß. Ja, Dr. Löwenthal war ein feiner philosophischer Kopf, der genau wußte, wann und wie er etwas zu sagen hatte.

Im Angesicht der Majestät des Todes sollen jedoch von seiner Bühne politische Betrachtungen ferngehalten sein. Wie groß der Verlust ist, den das Deutschstum erleidet, wissen alle die, die ihn als Führer kannten. Wie groß der Verlust ist, den seine Freunde erleiden, wissen alle jene, die ihn als Menschen und als Berater kennen gelernt haben. Immer stand Dr. Löwenthal über der Sache, die er vertrat, und wenn er auch mittendrin stand, so fand er doch das richtige Wort zur richtigen Zeit. Der Rahmen, in dem er sich bewegte, war weit, und er arbeitete an der Erfüllung, die ihm seine Lebensaufgabe gewiesen hat. Dieser Mann, der so viel für das Deutschstum getan hat, der stets für das Deutschstum einzutreten bereit war, er hat das Recht, daß ihm in den Herzen ein Denkmal errichtet wird, er hat ein Recht auf unsere dauernde Anerkennung, er hat ein Recht auf unsre Liebe.“

Ein polnischer Nachruf.

In einem Nachruf des „Dziennik Poznański“ für Dr. Löwenthal heißt es: Ein großer Musikfreund war er häufiger Gast in der Oper und sang in seinen Rezensionen nicht mit Worten der Anerkennung und Auf-

munterung. Abgesehen von seinem offiziellen Charakter als Redakteur einer Zeitung, deren Tendenz des öfteren unserer Staatlichkeit feindlich war, ob i. wenigstens für die Zeit, in der Dr. Löwenthal Chefredakteur dieser Zeitung war, ein Irrtum! (D. Red.), und die polnische Presse zu häufiger Polexit zwang, zeigte sich Dr. Löwenthal in gesellschaftlicher und kollegialer Beziehung von musterhafter Korrektheit. Der verwaisten Familie des Verstorbenen drücken wir an dieser Stelle unser aufrichtigstes Beileid aus. Die Redaktion.

Wir können uns für unseren verstorbenen Kollegen keine schöneren Ehrung denken, als diesen verschönen und anerkennenden Nachruf eines politischen Gegners.

Der Prozeß gegen den Deutschstumusbund.

Wie das „Slowo Pomorskie“ in Thorn erfahren haben will, soll der Prozeß gegen den Deutschstumusbund auf dem ganzen Gebiet der Republik auf Anordnung des Obersten Gerichtshofes vor dem Saal Oregon (Bezirksgericht) in Thorn verhandelt werden. Wie das Blatt weiter erfährt, sollen die Akten in dieser Angelegenheit das Gewicht von einigen Zentnern haben. Der Prozeß soll nach der genannten Quelle in der nächsten Zeit stattfinden.

Schon wiederholt wurde die Eröffnung des Hauptverfahrens in dem seit Jahren vorbereiteten Deutschstumusbund-Prozeß von der polnischen Presse in nahe Aussicht gestellt. Auch die Führer der Deutschen in Polen haben um eine Beschleunigung des Verfahrens ersucht, damit endlich der ungehemmte Verdacht, der nicht durch das Beamtengewicht der Akten, sondern allein durch die Stichhaltigkeit ihrer Gründe zu erweisen ist, von ihnen genommen wird. Wir hoffen, daß diesmal die Meldung des „Slowo Pomorskie“ auf genauere Information beruht und sehen dem Prozeß mit jener Ruhe entgegen, die nur ein gutes Gewissen aufbringen kann.

Ein amtliches Communiqué über die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf.

Genf, 4. März. VAT. Über den Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen gab das Sekretariat des Völkerbundes folgendes amtliche Communiqué heraus, das im Einvernehmen mit beiden Delegationen verfaßt wurde:

Die Verhandlungen dauerten bis zum 3. März v. J. Sie wurden auf einige Tage vertagt, um den Regierungen der beiden Staaten Gelegenheit zu geben, die Lage zu prüfen, die sich aus diesen Verhandlungen herausgebildet hat. Souza Dantas machte den Vorsitzenden der beiden Delegationen, der deutschen sowohl wie der polnischen, den Vorschlag, daß sie mit ihm am 9. März noch eine Beratung abschließen, um ihm die Möglichkeit zu geben, sich über den Standpunkt beider Regierungen zu informieren. Über diese Konferenz wird Souza Dantas einen Bericht für den Völkerbundrat ausarbeiten, dessen nächste Session am 10. März beginnt.

Die Warschauer Verhandlungen.

Der „Dziennik Poznański“ bespricht die deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau und äußert sich darüber wie folgt:

In erster Reihe steht die Frage der Optanten, die die größten Schwierigkeiten verursacht. Die deutsche Regierung sträßt sich, diejenige Optant, die in Polen nur vor der Wojewodschaft und nicht vor dem Deutschen Konsulat geübt worden ist, anzuerkennen, was um so wichtiger ist, als diese sogenannten einseitigen Optanten evtl. ebenso wie dieselben, bezüglich deren Staatsangehörigkeit auch von deutscher Seite kein Zweifel besteht, der Ausweisung aus Polen unterliegen. Dieser Ausweisung aus Polen unterliegen sie nur nach der Ansicht des „Dziennik Poznański“ und seiner Freunde; der Friedensvertrag bestimmt das Gegenteil!

Soweit es sich um die Frage der Ausweisungen handelt, so muß man sich erinnern, daß die Vergeltungsanschreibungen wegen der Vorfälle in Mecklenburg z. B. unterblieben sind, und zwar wegen der Auflage, die in dieser Beziehung die deutsche Regierung gegeben hat. Desgleichen hat Bayern auf Intervention der deutschen Regierung die Ausweisungsbefehle für 88 polnische Staatsangehörige (Juden) zurückgezogen, weshalb auch die polnische Regierung ihre entsprechenden Vergeltungsmaßnahmen aufgehoben hat. . . .

Somit es sich um die Rechtslage der Optanten handelt, so steht die polnische Regierung auf dem Standpunkt, daß diese auf jedesmaliges Verlangen verpflichtet sind, das Land zu verlassen. Die deutsche Regierung sucht dagegen nachzuweisen, daß die Optanten das weitere Wohnrecht in Polen haben. Die Verhandlungen sollen zur Ausgleichung der strittigen Ansichten führen und zur Ermittlung einer kompromissformel.

Die Verhandlungen dauern längere Zeit. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden drei Thesen aufgestellt werden: 1. die deutschen Optanten müssen Polen verlassen; 2. die Deutschen werden das Domizilrecht verlangen und 3. die deutschen Optanten müssen ebenso wie andere Ausländer behandelt werden.

Was die öffentliche Meinung in dieser Sache anlangt, so sei diese, wie der „Dziennik“ sagt, seit langem nicht mehr zweifelhaft. Sie verlangt die Ausweisung der Optanten, wie dies die französische Regierung in Elsaß-Lothringen und die dänische in Schleswig getan hat (hier haben die internationales Verträge auch einen anderen Wortlaut. D. Red.).

Die Frage der Optanten ist geradezu brennend. Innerhalb der polnischen Volkschichten habe sich dieserhalb eine Atmosphäre der Ungeduld und der Verbitterung herausgebildet, die verständlich sei, die aber zu gewissen Seiten ihre Reflexwirkungen für die Allgemeinheit unserer deutschen Bevölkerung in unerwünschter Weise äußern könnte, und die

Die Polenmarkt am 4. März

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig: 1 Dollar = 9 400 000 p. M.
1 Million p. M. = 0,63 Gulden

Warschau: 1 Dollar = 9 825 000 p. M.
1 Dz. Gulden = 1 610 000 p. M.

Valorisationsfrank: 1 800 000 p. M.
Goldmark (P. K. K. P.): 2 191 000 p. M.

auch das Verhältnis zu unserem Nachbarn im Westen erschweren mühte.

Ohne die systematische Heke der nationalen Presse würde kein Mensch in Polen etwas gegen die Unwesenheit der Optanten auf polnischem Gebiet haben, die sich durchaus friedlich benehmen und zum größten Teil ihren vorliegenden Entschlüssen bedauern, der nicht einmal formgerecht ausgeführt wurde. — (D. Red.)

Es könnte keinem Zweifel unterliegen, so schließt das Blatt, daß unsere Regierung auf die begründeten Forderungen unserer Öffentlichkeit Rücksicht nehmen und einen entsprechenden Ausweg finden werde trotz der ersten Hindernisse, die sich aus der widerstreitenden Stellungnahme der deutschen Delegation ergeben könnten, die sich möglicherweise bemühen werde, die Beratungen bis zur nächsten Session des Völkerbundes am 10. d. M. hinauszögern.

Die Generalkonferenzen in der Ansiedlerfrage.

Bromberg, 4. März. Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus Genf mitteilt, prüfte gestern das Komitee des Völkerbundes in seiner Sitzung die Frage der Entschädigung für die eximierte deutschen Ansiedler in Polen. Das Komitee, das seine Beschlüsse dem Völkerbundrat in seiner nächsten Sitzung am 10. d. M. vorlegen soll, besteht aus dem Gesandten Brasiliens in Paris, Souza Dantes und je einem Vertreter Großbritanniens und Italiens.

Die Beratungen dieses Dreierkomitees finden — wie bereits gemeldet wurde — in Paris statt.

Der polnische Nationalismus und die nationalen Minderheiten.

Der „Kurier Poznański“ gegen die staatsfeindliche Minderheitenheze der Frau Sokolnicka und ihrer Freunde. — Die Thesen Stanisław Grabiskis und wie der Papst über solch Christentum denkt.

Im „Kurier Poznański“ finden wir sehr bemerkenswerte Ausführungen über das Minderheitenproblem, die wir nachstehend im Auszuge wiedergeben:

Schon seit zwanzig Jahren wurde in den Kreis der nationaldemokratischen Sekte in Polen die Theorie eingehämmert, daß ein Volk, das nicht in sich den nationalen Charakterismus zur Entwicklung bringt, kein Nationalgefühl habe, nicht wert sei, ein Volk zu sein, und dem Übergange geweiht sei. . . . Die Kriegstragödie, die sowohl den deutschen Nationalstaat als auch die Dynastien der Romanows und Habsburger in Schutt und Asche legte, hat jedoch die Völker der Westhälfte Europas nicht von dem nationalistischen Typus zu heilen vermocht. Die Idee der Gründung von Nationalstaaten hat sich nicht durchführen lassen. In der Tschechoslowakei bilden die Tschechen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung selbst eine Minderheit. In Polen kennt nahezu ein Drittel der Bevölkerung die polnische Sprache entweder gar nicht oder doch nur in einem höchst unzureichenden Maße. Der Nationalismus feiert in den neuen Staaten wie seit alterer Zeit jedes friedliche Nebeneinanderleben vergiftenden Orgien...

Die Aufnahme der gesetzgeberischen Arbeiten im Sejm über die Verfassung der Selbstverwaltung gibt der eingangs erwähnten reaktionären Sekte wieder eine weite Befreiungsschlüssel für ihre Lösungen und Theorien. Prof. Stanisław Grabiski (Kultusminister im verlorenen Kabinett Windfuhr), der nicht mit seinem Bruder, dem jetzigen Ministerpräsidenten und Finanzminister Władysław Grabiski zu verwechseln ist. (D. Red.) ist bereits soweit gelangt, daß er das ganze innerpolitische Problem Polens in nachstehende These zusammenfaßt: „Zwischen dem Programm des Nationalstaates und der Doktrin des Nationalitätenstaates kann es kein Kompromiß geben. Entweder der eine oder der andere Grundzak muss den vollständigen Sieg erlangen.“ Nach der Auffassung des Professors Stanisław Grabiski soll der ganze Unterschied zwischen der Rechten und Linken in Polen nicht auf dem Kampf um die Interessen des Volkes und die demokratischen Ideen beruhen, sondern nur daran, daß die Rechte wolle, „die Republik solle ein polnischer Nationalstaat sein“, während die Linke bestrebt sei, „eine Republik von fünf Nationalitäten zu schaffen.“ Nach der kurzen Vorstellung Prof. Grabiskis teilt sich der Sejm immer deutlicher in zwei Lager: in das Lager der polnischen Mehrheit, die sich der geschichtlichen, durch die Knechtshaft unverminderten machtpolitischen Aufgaben Polens bewußt ist, und die diesen Aufgaben die Interessen der einzelnen Volksgruppen unterordnet — und das andere Lager, das durch die Knechtshaft und durch den Unzulängen an Polen großgezüchtet wurde, das unfähig ist, die historische Vergangenheit Polens nachzufühlen, das ihr sogar unfreundlich gegenüber steht und sich in seinem Unzulängen an Polen und seiner Abneigung mit den Deutschen, Ukrainer und Juden zusammenfindet.

Diese Feststellungen sind nicht nur von nationalistischem Fanatismus getrieben. Es ist schwer anzunehmen, daß das Gewissen Prof. St. Grabiskis von ihrer Falschheit nicht überzeugt wäre. Die Feststellung, als ob irgend eine polnische Partei darauf ausgehen würde, aus Polen einen Nationalitätenstaat, „eine Republik von fünf Nationalitäten“ zu schaffen, oder wie dort die giftigen demagogischen

Ausführungen Prof. St. Grabbskis laufen mögen, ist nichts als eine Lüge. Die polnische Verfassung macht aus Polen einen einheitlichen politischen Staat — und jedem Bürger polnischen Patriotismus zur Pflicht. Das polnische Nationalbewußtsein ist aber genugend stark, um einen solchen künstlichen Anspruch entbehren zu können, als welcher ihm der Nationalitäten- und Religionskampf dienen soll. Nur den separatistischen Bestrebungen, die von Leuten geschafft werden, welche auf den Minderheitennationalismus spekulieren, ist ein solcher Anspruch dienlich und diese Bestrebungen würden im Falle erfüllt werden, wenn eine kluge Staatspolitik es verhindern würde, daß ihnen Nahrung in Gestalt von Klagen über Bedrückung, Entnationalisierung und kampfeslustige Händelsuche des polnischen Nationalismus zugeschafft wird. Aber jene Sekte, zu der auch Prof. St. Grabbski gehört, kann es nicht zulassen, daß diese Bestrebungen einschlaufen. Was würde sonst mit der Daseinsberechtigung des polnischen Nationalismus geschehen? Der politischen und sozialen Reaktion würden die stärksten Triumphe der demagogischen Propaganda aus der Hand fallen.

Unter den Akten unseres Außenministeriums befinden sich zwei Briefe des päpstlichen Nuntius Monsignore Ratti, die davor warnen, daß den Andersgläubigen ihre Gotteshäuser genommen und dadurch Nationalitäts- und Religionskämpfe in unseren Grenzmarken entstehen werden. Der Verfasser dieser Briefe ist heute das Haupt der katholischen Kirche, der Statthalter Christi auf Erden. Dies hinderte jedoch unsere Nationalisten nicht, entgegen diesen Warnungen das Kirchenrußforderungsgebot zu verwirkliden. Der Klerikalismus unseres Nationalismus ist katholischer wie der Papst. Was Wunder also, wenn der „nationale“ polnische Patriotismus den polnischen Staat und die natürlichen polnischen Interessen schädigt? Er festigt auf diese Weise sein „Nationalbewußtsein“, dessen er sich augenscheinlich nicht sehr sicher ist. Er sieht nicht ein, daß diese Unsicherheit Unglück an Polen und Abneigung gegen seine demokratische Verfassung ist, die den herrlichsten Traditionen der historischen Vergangenheit entspricht.“

Die Revision von Versailles.

Der „Robotnik“ über die Henderson-Nede.

Das Organ der Polnischen Sozialistischen Partei, der Warschauer „Robotnik“, gibt zunächst eine Darstellung des Verlaufs der Angelegenheit der Henderson-Nede, die bekanntlich im englischen Unterhause zu Interpellationen führte, aber schließlich formell dahin erledigt wurde, daß die Konservativen ihren Antrag (auf eine präzise Steellungnahme der Regierung zum Versailler Vertrag) zurückzogen. Im Anschluß daran schreibt der „Robotnik“:

„Das Wesen dieses Streites ist durch die Erklärungen Macdonalds noch nicht aus der Welt geschafft. Es handelt sich darum, daß Henderson der in den englischen Massen weitverbreiteten Ansicht Ausdruck gab, daß die Ursache aller Nachkriegsübel der Versailler Vertrag sei. Es ist dies Sache des Gefühls, das entstanden ist aus der Enttäuschung und Unzufriedenheit, aus der Arbeitslosigkeit und der Nachkriegsnot. Henderson sagte, als er seine Ansicht über die Notwendigkeit der Revision des Friedensvertrages begründete, sehr viel Richtiges. Namentlich als er den gegenwärtigen Stand der Dinge in Europa kritisierte. Seine Vorwürfe gegen den Versailler Vertrag sind gewiß einseitig, da nicht nur dieser Vertrag, sondern in höherem Maße noch die Ententepolitik der Nachkriegszeit zur Verhöhnung des Chaos in Europa beigetragen hat. Aber es ist etwas anderes selbst die wichtigste Kritik des Vertrages und etwas anderes, die Forderung seiner Vision und noch dazu die sofortige Revision nach einem Zeitraum von fünf Jahren, indem die europäischen Verhältnisse gerade auf diesem Vertrag organisiert und aufgebaut worden sind. Ist der Vertrag auch schlecht, so würde seine plötzliche Belebung eine noch schlechtere Lage schaffen.“

Henderson verlangt allgemeine eine Revision der territorialen und wirtschaftlichen Bestimmungen und gibt nicht näher an, um welche Bestimmungen es ihm zu tun ist. Er macht auch keinen Unterschied zwischen dieser und jener Forderung. Indessen kann man diese Dinge nicht nach einer Schablone behandeln. Wenn es sich z. B. um die Frage der deutschen Entschädigungen handelt, so gibt es im Rahmen des Versailler Vertrages eine Reihe von Möglichkeiten zur Verständigung. Und wenn es bisher dazu nicht gekommen ist, so liegt die Schuld daran an den bürgerlichen Regierungen der Entente und Deutschlands. Wenn selbst in Sachen der Entschädigungen gewisse Änderungen in den bezüglichen Artikeln des Vertrages eintreten sollten, so sehen wir darin noch keinen Grund zur Klage. Die Ruhe und der Friede Europas sind doch wohl so viel wert wie gewisse Artikel der Versailler Weisheit Lloyd Georges und Clemenceaus, unter der Voraussetzung jedoch, daß man die Aenderungen vornimmt im Einvernehmen mit den interessierten Parteien und daß man sie auf die strittigen Fragen beschränkt, um nicht Präzedenzfälle für unbegründete Revisionen zu schaffen. Dasselbe wie über die Entschädigungsfrage kann man auch sagen z. B. bezüglich der Okkupation deutscher Gebiete u. a. m.

Ganz anders stellt sich die Sache dar hinsichtlich der Veränderungen der gegenwärtigen Grenzen in Europa. Hier wird jedermann einsehen, daß die bloße Erwähnung dieser Dinge schon eine kriegerische Stimmung schafft, da kein Staat sich unter den heutigen Verhältnissen freiwillig mit einer Verkürzung seines Gebietes einverstanden erklären würde. Die Unstetigkeit der Hendersonschen Formel wird dadurch noch größer, daß er, indem er die Schöpfer des Vertrages für die Vergewaltigung alter Traditionen verantwortlich macht, gleichzeitig die Radikale zu den Ideen Wilsons verlangt, der doch in seinen 14 Punkten hinsichtlich der politischen Geographie Europas gründlich mit der Kriegstradition gebrochen hat. Es ist sicher, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages auch bei der Grenzführung Irrtümer und Fehler enthalten, die in gewissem Maße die Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages ausgleichen sollen. Je weniger nationale Kämpfe es innerhalb der Grenzen eines Staates gibt, desto schwächer wird die Unzulänglichkeit des Vertrages empfunden werden. Aber die Revision der bestehenden Verträge erreicht nicht das gewünschte Ziel. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß gerade jetzt das englische Überhaus den Lausanner Vertrag bestätigt hat, der doch sicherlich hinsichtlich der nationalen Grenzen auch nicht ohne Sünde ist....“

Die nationaldemokratische, halboffizielle „Gazeta Warszawska“ bemerkt, daß heute auf allen Fronten der Kampf gegen Frankreich aufgenommen wurde. Der englische Innenminister Henderson hatte vor seiner Rede über die „Notwendigkeit der Revision des Verstailler Vertrages“ eine Konferenz mit Friedrich Adler, dem Sekretär der Hamburger Internationale. Die Polnische Sozialistische Partei wird in dieser Internationale vom Abg. Diamant vertreten. Sowohl die Internationale wie auch die Labour Party und andere mit der Freimaurerei im Zusammenhang stehenden Gruppen haben die Campagne gegen Frankreich im Grunde genommen im Interesse Deutschlands (?) aufgenommen. Auf die Revision von Versailles hinzuwirken, das bedeutet zugleich die Auflösung der Frage un-

serer Grenzen, also die Frage von Thorn, Posen und Katowitz, die Wiederaufrichtung Deutschlands auf Kosten Polens (?).

Der „Kurjer Warszawski“ schreibt: „Die Revision des Versailler Vertrages ist das Wiedererstehen Deutschlands als Großmacht, ist die Wiederaufrichtung des am Boden liegenden deutschen Kolosse auf Kosten der Republik Polen. An Elsak und Lohringen wagt niemand zu rütteln. Mit diesem Verlust haben sich die Deutschen schon abgefunden, aber Berlin schlägt mit einem räuberischen Lächeln (?) auf Schlesien und Pommerellen und die Internationale gibt zugleich mit der Labour Party ausdrücklich zu verstehen, daß die Frage der Westgrenzen Polens im Interesse des europäischen Gleichgewichts“ von neuem aufgerollt werden müsse.“

Skirmunt und Macdonald.

Die polnische Gesandtschaft in Paris gibt bekannt, daß die vom „Echo de Paris“ mitgeteilte und gestern auch von uns wiedergegebene Erklärung Skirmunts gegenüber Macdonald in Sachen der letzten Rede Hendersons weder dem Charakter noch dem Inhalt der Unterredung entspricht. Wahr sei dagegen, daß die Antwort Macdonalds Herrn Skirmunt vollständig befriedigt habe.

Krämer Blätter berichten, Herr Skirmunt habe in einer Unterredung mit seinen politischen Freunden folgendes erklärt: der englische Premierminister Macdonald versicherte mir, daß von einer Änderung derjenigen Friedensverträge, durch welche die Grenzen der polnischen Republik festgelegt sind, nicht die Rede sei.

Ein Gesetzentwurf über die Einführung von Schwurgerichten in Polen.

Warschau, 4. März. (PAT). Die Rechtskommission des Sejm beschäftigte sich gestern mit dem Regierungsentwurf des Gesetzes über die Einführung von Schwurgerichten im ehemals russischen Teilgebiet. Der Referent beantragte eine Änderung, dagegen, daß die Schwurgerichte den Bezirksgerichten, d. h. der ersten Instanz angeschlossen werden sollen; er forderte gleichzeitig die Erweiterung der Zuständigkeit der Schwurgerichte auf Verbrechen, die mit schweren Strafen geahndet werden, in dem Sinne, daß jedes Verbrechen, auf das eine Strafe von mehr als vier Jahren steht, vor die Schwurgerichte kommen soll, ferner, daß politische Vergehen Schwurgerichten nur dann überwiesen werden, wenn sie schwerer Natur sind. Im Anschluß daran beriet die Kommission über die Einführung von Schwurgerichten im ehemals russischen Teilgebiet. Der Referent erklärte sich für die Vertagung der beiden Regierungsvorprojekte bis zur vollständigen Unifikation der Strafgesetzgebung in ganz Polen. Beide Referate lösten eine längere Debatte aus, die noch nicht beendet ist.

Republik Polen.

Beschlüsse des Ministerrats.

Warschau, 4. März. (PAT). Der Ministerrat faßte in seiner gestrigen Sitzung folgende Beschlüsse: Eine Verordnung, nach welcher dem Finanzminister die Aufsicht über die deutsche Pfandbriefbank übertragen wird, ferner die Grundsätze für die Entschädigung einiger Personen, denen die Ansiedlungen im ehemals russischen Teilgebiet. Der Referent erklärte sich für die Vertagung der beiden Regierungsvorprojekte bis zur vollständigen Unifikation der Strafgesetzgebung in ganz Polen. Beide Referate lösten eine längere Debatte aus, die noch nicht beendet ist.

Gesandter Skirmunt in Warschau.

Gesandter Skirmunt ist in Warschau eingetroffen und konferierte mit dem Außenminister Grafen Szamowski über Fragen, die mit der nächsten Session des Völkerbundes zusammenhängen.

Der Abgeordnete Pfarrer Dachowski

ist bekanntlich kürzlich aus dem Club der Christlichen Demokratie ausgeschlossen worden, ohne daß man die Gründe erfuhr, aus denen der Ausschluß erfolgt ist. Wie steht der „Przegaz Wieca“? meldet, daß die Wiederaufnahme erfolgt, weil Dan der polnischen Spiritusindustrie beteiligt ist. Er steht auf der Liste der Mitglieder des Aufsichtsrats einer großpolnischen Spiritusfirma. Daß diese Mitgliedschaft allein den Grund für den Ausschluß aus einem parlamentarischen Club bilden sollte, können wir nicht anerkennen.

Ein Horoskop für die Kleine Entente.

Polnische Blätter stellen mit Genugtuung fest, daß die Kleine Entente in die Brüche geht und die Horoskope für ein Weiterbestehen der Kleinen Entente immer ungünstiger werden. Für Polen bieten sich angesichts dessen Gelegenheiten, um einen wichtigen politischen Faktor in der inter-

nationalen Politik spielen zu können. Letzter, so bemerken die Blätter, verhält Polen sich gegenüber den so wichtigen politischen Ereignissen vollkommen passiv und irgendeine leitende politische Idee besteht nicht. Diese Passivität Polens ist die Ursache, daß wir auf der großen politischen Weltarena geringshändig behandelt werden und nicht so, wie es uns unserer Macht und Lage nach zusteht. Unsere Diplomatie hat es in den letzten Jahren nicht verstanden, auch nur eine einzige politische Angelegenheit zu bearbeiten und zu beherrschen. Jetzt ist es an der Zeit, in dem großen Spiel in Zentral- und Osteuropa eine aktive Rolle zu spielen, wenn wir unversehrt aus all den neuen Komplikationen hervorzutreten wollen. Wir müssen darauf vorbereitet sein, daß die Tage der kleinen Entente gezählt sind, um aktiv eingreifen zu können.

Das Gesetz über die Organisation der höchsten Militärbehörden.

Die am Sonnabend gepflogenen Beratungen des Staatschefs mit dem Ministerpräsidenten Skarpiński und dem Kriegsminister Sikorski betrifft, wie der „Przegaz Wieczorny“ erfährt, den Erlass eines Gesetzes über die Organisation der höchsten Militärbehörden. Bei dieser Gelegenheit wurden die Ansichten endgültig vereinheitlicht. In den nächsten Tagen ist der weitere Gang dieser Angelegenheit zu erwarten.

Das Ergebnis der Subskription auf die Bank Polski.

In einer Pressekonferenz sprach Senator Skarpiński, Vorsitzender des Aufsichtsrates der „Bank Polski“ über das Ergebnis der Subskriptionsaktion für die Emissionsbank. Er stellte fest, daß vom 29. Januar ab 4000 Aktienkäufer gezeichnet hätten. Die gezeichnete Summe erreicht noch nicht 10 Prozent, doch ist das Organisationskomitee überzeugt, daß die Lage sich bis zum 15. März bessert.

Der polnische Gesandte in Berlin, Kazimierz Ossowski, wurde am Freitag vom Staatspräsidenten empfangen. Er unterrichtete über die deutsch-polnischen Beziehungen im Zusammenhang mit den Verhandlungen.

Die Leitung des Warschauer Stadttheaters hat am 1. März mit dreimonatiger Bindungsfrist dem technischen Personal und dem Verwaltungspersonal gekündigt. Als Grund wird die Subventionsabsage der Regierung angegeben.

Deutsches Reich.

Zwiespalt in der Berliner Sozialdemokratie.

Berlin, 4. März. (PAT). Die gestrige Berliner Bezirkskonferenz der sozialdemokratischen Partei, die zur Aufstellung von Kandidaten für den Reichstag einberufen worden war, nahm einen sehr scharfen Verlauf. In der Abstimmung siegte mit 260 gegen 220 Stimmen die radikale Richtung. Es wurde beschlossen, als Spitzenkandidaten die radikalen Sozialdemokraten Christpien und Zubell aufzustellen. Ferner beschloß die Konferenz einen scharfen Protest gegen die Kandidatur Koskowskis in Hannover. Die Vertreter der gemäßigten Richtung, u. a. Bernstein, verließen den Saal.

Aus anderen Ländern.

Kriegsgefahr auf dem Balkan.

Nach den letzten Nachrichten aus den Balkanstaaten hält man eine Kriegserklärung Jugoslawiens an Bulgarien für unmittelbar bevorstehend. Es sind bereits über eine halbe Million jugoslawischer Truppen an die bulgarische Grenze geschickt worden. Diese stehen besonders gegenüber den Kohlenselbern von Pernik. Jugoslawien wartet nur noch auf einen neuen „Mazedonier-einsatz“ als die Begründung für einen Vorstoß in bulgarisches Gebiet.

In den Gebieten, die an Nordalbanien angrenzen, werden ebenfalls Truppen zusammengezogen und Jugoslawien gibt an, daß mazedonische Banden dort ihr Hauptquartier haben, und daß auch dieses Gebiet wahrscheinlich besetzt werden wird. Die griechische Regierung befürchtet gleichfalls, Jugoslawien werde einen Vorwand finden, um auf Saloniki vorzustoßen, denn dadurch würde es einen „nationalen Hafen“ gewinnen.

Eine interessante Statistik.

Eine amerikanische medizinische Zeitschrift hat ausgerechnet, daß in den Vereinigten Staaten geborene Mütter im Durchschnitt 3 Kinder zur Welt bringen, in Deutschland geborene Mütter 4,3, in Italien geborene 4,4 und in Polen geborene 4,8 Kinder. Die im Ausland geborenen Mütter gehören also durchschnittlich ein Drittel mehr Kinder als die in Amerika geborenen.

Nach einer Melbung des Blattes „Indrumarea“ werde die Wiener Konferenz zwischen Russland und Rumänien voraussichtlich infolge der unklaren inneren Lage in Russland vertagt werden.

Aufruf

des Organisationskomitees der Bank Polski.

Die Zeichnungen auf Aktien der Bank Polski, die von sämtlichen Filialen der Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa mit Hilfe einiger polnischer Banlen mit ihren Filialen sowie zahlreichen Kreditgenossenschaften entgegengenommen werden, dauern schon seit einem Monat. In diesem Zeitraum schuf die Regierung grundlegende Bedingungen für die Gesundung des Geldumslaufs, indem sie auf dem Wege der Gesetzgebung auf den weiteren Druck von Mark für die Bedürfnisse des Staatshauses verzichtete und die Aufsicht über die Emissions- und Kreditpolitik der P. K. K. P. in die Hände eines für diesen Zweck gebildeten Aufsichtsrats legte, der sich aus sozialen Faktoren zusammensetzt.

Der große und entscheidende Kampf um die dauernde Sanierung des Staatshauses, um die Gesundung des polnischen Geldes, hat begonnen. Er wird geführt vom ganzen Staat und der Gemeinschaft, um die weitere Entwicklung der Wirtschaft und des nationalen Reichtums auf einer gesunden und starken Grundlage zu stützen, von der die moralische Gesundheit, die Machtstellung und die glückliche Zukunft der polnischen Nation und des Staates abhängen wird. Über den Sieg wird das Ergebnis der Zeichnungen auf die Aktien der Bank Polski im Laufe einer der nächsten Wochen entscheiden.

Das Organisationskomitee, das grobes Gewicht legt auf die Popularisierung der Frage der Bank Polski in den breiten Schichten der Allgemeinheit, wendet sich mit einem Appell an sämtliche Organisationen der polnischen Bürger, sowohl der finanziellen und beruflichen wie auch der politischen, sozialen, genossenschaftlichen und kulturellen, unverzüglich eine anstrengte Propaganda in der Frage der Bank Polski zu unternehmen, auf dem ihnen zugänglichen Gebiet, ohne auf besondere Bitten nach dieser Richtung hin von Seiten des Komitees zu warten.

Wir müssen siegen! Mit eigenen Kräften müssen wir eine eigene, unabhängige, starke, durch uns selbst fundierte Bank Polski bauen. Das Organisationskomitee appelliert erneut an die ganze Allgemeinheit zur größten Konzentrierung des Willens und der Tat.

Warszawa, 29. Februar 1924.

Das Organisationskomitee der Bank Polski.

Stanisław Skarpiński. As. Stanisław Adamski. Ignacy Chrzanowski.
Dr. Jan Ranty Steczkowski. Dr. Franciszek Stefczyk.

